

Pharmaverband: Arzneimittelbudgets aufstocken

BONN. Die regionalen Arzneimittelbudgets für das Jahr 2000 müssten deutlich aufgestockt werden, damit der medizinische Fortschritt den Patienten weiterhin zugute komme, sagte Cornelia Yzer, Hauptgeschäftsführerin des Verbandes Forschender Arzneimittelhersteller (VFA), in einer Analyse der Daten des GKV-Arzneimittelmarktes 1999.

Nach Ansicht des VFA sind die Wirtschaftlichkeitsreserven bei der Arzneimittelversorgung weitgehend erschöpft. 1999 hätten die Ärzte weniger Rezepte ausgestellt und preisgünstiger verordnet als 1998. So sei der Marktanteil von Generika weiter gestiegen und liege inzwischen bei 70 Prozent des generikafähigen Marktes. Die Verordnung von Arzneimitteln gegen Befindlichkeitsstörungen und von so genannten umstrittenen Arzneimitteln sei weiter zurückgegangen. Sparpotenziale seien auch hier kaum noch vorhanden.

Gleichzeitig hätten innovative Behandlungskonzepte, zum Beispiel bei Diabetes oder Krebs, zu einer strukturellen Umschichtung und Erweiterung der Arzneimitteltherapien geführt. Dieser therapeutische Fortschritt müsse den Patienten weiterhin zugänglich sein. EB

Charité im Streit mit dem Berliner Senat

BERLIN. Für das Universitätsklinikum Charité, das in finanziellen Schwierigkeiten ist, interessiert sich eine deutsch-schweizerische Investorengruppe. Nach Informationen der „Berliner Zeitung“ wäre sie bereit, bis zu 400 Millionen DM für die Sanierung des Bettenhochhauses oder einen Neubau aufzubringen. Der Berliner Senat hat Anfang März alle neuen Bauvorhaben für die kommenden drei Jahre ausgesetzt.

Zudem müssen am größten Krankenhaus Berlins bis 2004 an den drei Standorten 430 Betten eingespart und damit nach Berechnungen der Charité 600 Mitarbeiterstellen gestrichen werden. Verwaltungsdirektor Bernhard Motzkus will deshalb neben anderen Maßnahmen betriebsbedingte Kündigungen aussprechen können. Sie seien eine wichtige Voraussetzung, um Fördermittel des Bundes und der Europäischen Union zu beanspruchen und eine „Qualifizierungsgesellschaft“ für entlassene Arbeitnehmer zu finanzieren. Ohne diese Möglichkeit müsse die Charité in den nächsten vier Jahren einen „Überhang“ von Mitarbeitern mit 50 Millionen DM finanzieren. Das Geld könne weder das Klinikum noch das Land aufbringen.

Der Berliner Senat will der Charité die betriebsbedingten Kündigungen jedoch nicht zugestehen. Er hatte sich darauf mit den Gewerkschaften verständigt. Rie

Wartezimmer-Aushang zu gebührenpflichtigen Leistungen

KÖLN. Der NAV-Virchow-Bund (Verband der niedergelassenen Ärzte Deutschlands) hat ein Service-Paket zusammengestellt, das die Patienten über nicht von den gesetzlichen Krankenkassen bezahlte Leistungen informiert. Dazu gehört unter anderem ein Aushang für das Wartezimmer, der die gebührenpflichtigen Bescheinigungen, Impfungen und Atteste auflistet sowie ein Verzeichnis von individuellen Gesundheitsleistungen (IGEL) einschließt.

Mitglieder des NAV-Virchow-Bundes erhalten das Paket „Wartezimmer-Aushang/Merkblatt Privatliquidation“ gegen Einsendung eines Schecks oder Briefmarken in Höhe von fünf DM beim NAV-Virchow-Bund, Postfach 10 26 61, in 50466 Köln, Tel 02 21/9 73 00 50. Nichtmitglieder zahlen 15 DM. EB